



Krings- Brief vom 29. Januar 2010

Sehr Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir anlässlich des 65. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Redner der Gedenkveranstaltung waren Bundestagspräsident Norbert Lammert, der israelische Präsident Simon Peres und Prof. Dr. Felix Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau.

Die Ermordung der Juden, der mehr als sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen, ist der schlimmste Massenmord unserer Geschichte. Innerhalb weniger Jahre wurde die jahrhundertealte Tradition jüdischen Lebens zerstört. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns, die Erinnerung daran wach zu halten, damit sich derartiges nie wiederholen kann. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu liquidieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Afghanistan – internationales Engagement in Verantwortung

Diese Woche kam auch der afghanische Präsident Hamid Karzai zu einem Besuch nach Berlin. Dieser diente der Vorbereitung der in London stattfindenden internationalen Afghanistan-Konferenz, die auf Initiative von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufen wurde. Zusammen mit unseren Partnern im Kampf gegen den Terror wird die Bundesregierung dort das internationale Engagement am Hindukusch neu justieren. Die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft muss noch einmal erhöht werden, um die wichtigen Weichenstellungen für unser strategisches Ziel „Übergabe in Verantwortung“ zu stellen und weitere Ziele mit der afghanischen Regierung in den kommenden Monaten neu zu vereinbaren.

Wir können unser Ziel nur erreichen, wenn der afghanische Staat zunehmend für seine Sicherheit sorgen kann. Dazu ist es notwendig, unsere Leistung bei der Ausbildung von afghanischem Sicherheitspersonal zu erhöhen und aus diesem Grund auch in Folge der Konferenz die Mandatsobergrenze noch einmal anzuheben.

Des Weiteren werden wir darauf drängen, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem primären Ziel gemacht wird. Besonders in Hinblick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen ist es wichtig, dass die Strukturen von Regierung und Verwaltung verbessert werden. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hängt entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab.

Gleichzeitig mit der Verstärkung unseres Engagements in Afghanistan haben wir die Übergabe von Verantwortung an die afghanische Regierung angekündigt. Auf diese Weise soll auf afghanischer Seite Planbarkeit möglich sein und ebenso auch ein gewisser Druck aufgebaut werden, zügig die eigene Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Aber auch dort, wo Afghanen die Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen, wird noch für einige Zeit Unterstützung und Nachsorge durch die internationale Staatengemeinschaft nötig sein. Aus populistischen Gründen allein über einen Abzug und das genaue Abzugsdatum zu reden und sich einer Anpassung der Mandatsobergrenze zu verschließen, ist in dieser Situation unverantwortlich.

Mehr Aufmerksamkeit für bessere Luftsicherheit

Gerade der versuchte Anschlag am 25. Dezember 2010 bestätigt die durch unsere Bundessicherheitsbehörden vertretene Bewertung der Gefährdungslage zum islamistischen Terrorismus und zeigt, wie wichtig unser Engagement in Afghanistan ist.

Nur durch die Aufmerksamkeit von Mitreisenden konnte der Anschlag auf dem KLM-Flug nach Detroit verhindert werden. Daher müssen wir, auch wenn die jüngsten Alarmmeldungen glücklicherweise unbegründet waren, im Flugverkehr weiterhin wachsam sein. Die Sicherheitsbehörden stehen in der Pflicht die Sicherheit des Flugverkehrs weiter zu verbessern und nicht nachzulassen. Auf technischer Seite der Sicherheitsvorkehrungen ist die Erprobung des Körperscanners zügig fortzuführen und insbesondere die Erkenntnisse aus anderen Ländern beim Einsatz dieses Gerätes einzubeziehen. Dabei muss natürlich die Privatsphäre und der Daten- und Gesundheitsschutz trotz intensiverer Überprüfungen der Passagiere gewährleistet bleiben. Unser Fokus sollte jedoch weiter auf den verdächtigen Gegenständen im Flughafenbereich und auf den verdächtigen und gefährlichen Personen bleiben.

Gegen die Verursacher von Fehlalarmen muss konsequent vorgegangen werden. Mutwillig ausgelöste Fehlalarme, die anderen schaden sollen oder aus purer Sensationslust erfolgen, sind schwere Eingriffe in den Flugverkehr und müssen bestraft werden. Sämtliche Mehrkosten solcher Fehlalarme haben die Verursacher zu tragen, um auch als Abschreckungswirkung möglichen Nachahmern eine unmissverständliche Botschaft zu senden.

Deutschlands Wirtschaftskraft erneuern

In dieser Woche hat die Bundesregierung auch den Jahreswirtschaftsbericht vorgestellt. Darin werden die wirtschaftlichen Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise analysiert, aber auch die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen aufgezeigt, um der Krise auch weiterhin wirksam entgegenzutreten.

Mit einem deutlichen Minus von 5 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Die Wirtschaftspolitik steht in dieser Situation vor drei zentralen Aufgaben: sie muss kurzfristig die Wirtschaft weiter stabilisieren, mittelfristig die Wachstumschancen erweitern und in den nächsten Jahren die strukturellen Konsolidierungsaufgaben für die öffentlichen Haushalte bewältigen.

Dem ersten dieser Ziele dienen die im Wachstumsbeschleunigungspaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen für Bürger und Unternehmen, die die Kaufkraft und Investitionsmöglichkeiten stärken sollen. Parallel zu den Entlastungen werden wir mit strukturellen Reformen die längerfristigen Wachstumsspielräume erweitern. Dies betrifft vor allem die Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Zukunftstechnologien.

Zudem bekennt sich die unionsgeführte Bundesregierung zur Schuldenbremse, die im Grundgesetz festgelegt wurde. Denn um auch langfristig politisch handlungsfähig zu sein, müssen wir den Staatshaushalt sanieren und das strukturelle Defizit abbauen. Wir halten an der im Koalitionsvertrag formulierten Forderung fest: Deutschland muss gestärkt aus der Krise geführt werden. Zu diesem Zweck müssen wir die Krise überwinden und gleichzeitig die Wirtschaftskraft unseres Landes durch Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Haushaltspolitik erneuern.

„Schutzschirm“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Mit dem in der ersten Lesung zur Beratung anstehenden Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz werden die im Koalitionsvertrag vereinbarten nicht steuerrechtlichen Sofortmaßnahmen umgesetzt. Im Bereich der Sozialversicherungssysteme sollen die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden.

Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2010 der Bundeszuschuss einmalig um zusätzliche 3,9 Mrd. Euro aufgestockt. Daran werden die landwirtschaftlichen Krankenkassen mit einem Teilbetrag von etwa 23 Mio. Euro beteiligt. Zudem wird das Schonvermögen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verdreifacht, indem die Freibeträge von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben werden.

Kein Vergleich zu Lasten deutscher Schriftsteller

Mit Blick auf die Endphase der Vergleichsverhandlungen von Google mit den US-amerikanischen Verlegern über die Digitalisierung vergriffener Werke habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass deutsche Verleger und Autoren vom dem Vergleich ausgenommen werden müssen.

Nach dem ersten gescheiterten Einigungsversuch zwischen Google und den US-Verlegern über die Digitalisierung vergriffener Bücher wird lief gestern die Widerspruchsfrist für Verleger aus, die von dem Vergleich nicht erfasst werden wollen (opt-out). Am 18. Februar 2010 wird dann ein New Yorker Gericht darüber entschieden, ob Google das Digitalisierungs-Projekt fortsetzen darf. Die deutschen Vertreter wollen mehrheitlich davon nicht erfasst werden und hatten bislang auch keine Gelegenheit, sich dazu zu äußern. Aus diesem Grund wäre eine Ausweitung dieses Vergleichs auf deutsche Bücher ein unzulässiger Vertrag zu Lasten Dritter.

Google hat nun die Pflicht, mit der Verwertungsgesellschaft (VG) Wort, dem Börsenverein des deutschen Buchhandels und der Organisation der deutschen Buchverleger und Buchhändler, eine eigene Regelung für Deutschland auszuhandeln, die die Eigentums- und Persönlichkeitsrechte der deutschen Autoren wahrt. Denn es darf zumindest in Deutschland zu keiner Monopolisierung digitalisierter Inhalte für Google kommen.

Es grüßt Sie herzlich aus Berlin

Ihr Dr. Günter Krings